



POLITISCHE ELITEN
HIV/AIDS
NATIONALE MINDERHEITEN
IWF-KREDIT
ERDGASTRANSITPIPELINES

■ ANALYSE	Über dem Gesetz: Das »andere« Amtsverständnis ukrainischer Parlamentarier und die Frage der Abgeordnetenimmunität Von Ingmar Bredies, Kiew	2
■ ANALYSE	HIV in der Ukraine: Aktuelle Situation und ökonomische Implikationen Von Georg Zachmann und Ricardo Giucci, Berlin/Kiew	6
■ ANALYSE	Ethnische Minderheiten und nationales Selbstverständnis im östlichen Taurien (Region Saporiska) Von L.W. Afanasjewa, L.F. Glinskaja, A.W. Orlow, I.V. Bukrejewa, Melitopol	8
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	Die bevorzugte Umgangssprache in der Region Saporiska	10
■ DOKUMENTATION	IWF-Verhandlungen der Ukraine	12
■ DOKUMENTATION	Gemeinsame Erklärung der EU und der Ukraine bezüglich der Modernisierung des ukrainischen Systems der Erdgastransitpipelines, Brüssel, 23.3.2009 [Auszüge]	13
■ CHRONIK	Vom 24. März bis zum 27. April 2009	15

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 12.5.2009. Thema wird die Bewertung der Ukraine in politikbezogenen Länderrankings sein.



Analyse

Über dem Gesetz: Das »andere« Amtsverständnis ukrainischer Parlamentarier und die Frage der Abgeordnetenimmunität

Von Ingmar Bredies, Kiew

Einleitung

In den ersten Monaten des Jahres 2009 haben einige hochrangige Politiker in Deutschland nachhaltige politische Konsequenzen für persönliches Fehlverhalten ziehen müssen. Die politische Elite in Osteuropa trägt hingegen noch immer in unterschiedlichem Maße Züge eines »Klubs der Unnahbaren«. Dieser Beitrag versucht diesem »anderen« Amts-, Selbst- und Fremdverständnis der politischen Klasse insbesondere in der Ukraine auf den Grund zu gehen. Wo liegen die Ursachen hierfür? Welche Auswirkungen hat dies vor allem auf den Demokratisierungsprozess sowie den Verlauf und die Erfolgsaussichten des politischen Systemwechsels? Wird dabei oft darauf verwiesen, dass die Ukraine nach der »Orangen Revolution« 2004 einen anderen Weg als beispielsweise Russland eingeschlagen hat, so scheint dieser Befund jedoch nur bedingt Gültigkeit für das vorherrschende Amtsverständnis, die rechtliche Verantwortlichkeit und eine als legitimierend empfundene Vorbildfunktion von Politikern zu besitzen.

Politische Ethik in West und Ost

Am Neujahrstag 2009 war der seit 2003 amtierende thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus in einen tragischen Skiunfall verwickelt, bei dem eine 41-jährige Frau ihren Verletzungen erlag. Dieter Althaus wurde daraufhin wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe verurteilt und hat aller Voraussicht nach auch Auswirkungen auf seine politische Karriere zu befürchten. Derweil erklärte der Verkehrsminister Nordrhein-Westfalens und CDU-Politiker Oliver Wittke am 11. Februar seinen Rücktritt, nachdem eine erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitung es dem Politiker künftig nicht mehr erlauben würde, einer »zwingend erforderlichen Vorbildfunktion« gerecht zu werden. Am 5. März 2009 hob der Deutsche Bundestag die Immunität des langjährigen SPD-Abgeordneten Jörg Tauss wegen des Verdachts auf Besitz kinderpornographischer Schriften auf. Der Bundestagsabgeordnete trat daraufhin von allen öffentlichen Ämtern zurück, um dem Ansehen seiner Partei keinen Schaden zuzufügen. In Anbetracht dieser oder anderer »Putzfrauen-, Dienstwagen- und Flugmeilenaffären«, die etablierten Politikern in Deutschland und Westeuropa schnell zum Stolperstein auf ihrem politischen Karriereweg geraten können, haben die Vertreter der politischen Elite in einer Reihe osteuropäischer Staaten einen vermeintlich »leichteren« Stand. Politische Karrieren scheinen hier auf einer »Einbahnstraße nach oben« zu verlaufen. Einmal in den erlesenen Kreis aufgenommen, tragen Politiker, unabhängig von ihrer Parteaaffiliation, häufig für persönliches Fehlverhalten gerade auch außerhalb der unmittelbaren Ausübung ihrer Dienstpflichten und -funktionen keinerlei

rechtliche Verantwortung und sind faktisch nicht zur Rechenschaft zu ziehen.

In diesem Kontext ergeben sich eine Reihe genereller Fragen zur Verantwortlichkeit, Rechenschaftspflicht und zum Rekrutierungsprozess politischer Eliten. Sollen Politiker als Personen des öffentlichen Lebens auch im Privatleben eine Vorbildfunktion erfüllen? Schaffen sich die »überempfindlichen«, westlichen Demokratien durch ihr erhöhtes Misstrauen gegenüber der politischen Elite nicht selbst ein Rekrutierungsproblem, indem herausragende Persönlichkeiten selbst bei vermeintlich geringfügigen Verfehlungen politische Positionen aufgeben müssen? Welche Folgen ergeben sich im Gegensatz hierzu in Osteuropa aus der Abgehobenheit und Entfremdung politischer Eliten und wie wirkt sich dies auf den politischen Systemwechsel aus?

Auch in Westeuropa sehen sich Parlamente, Parlamentarier und politische Parteien im Vergleich zu anderen politischen Kerninstitutionen und Akteuren häufig starker Kritik ausgesetzt. Dies ist jedoch vorwiegend auf gewisse Vermittlungsprobleme der Arbeitsleistung und -effizienz in komplexen parlamentarischen Regierungssystemen zurückzuführen. Darüber hinaus lässt gerade eben die hohe Aufdeckungsrate politischen Fehlverhaltens dank wirksamer Kontroll- und Sanktionsmechanismen sowie eines investigativen Journalismus einen mitunter falschen Eindruck entstehen. Die fehlende Unterstützungshaltung der ukrainischen Bevölkerung gegenüber ihrer politischen Elite allgemein und der parlamentarischen im Besonderen hat hingegen andere Ursachen. Ein wesentliches Problem scheint in dem politischen Immunitätsbegriff angelegt zu sein. Das unter diesem Begriff allgemein zusammengefasste Rechtsgut westli-

cher Demokratien stellte für viele junge Demokratien in Osteuropa – wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg – ein ideales Instrument dar, die bestehenden Privilegstrukturen der politischen Elite des Vorgängerregimes aufrecht zu erhalten. In der Ukraine hält sich in der Öffentlichkeit besonders hartnäckig das Vorurteil, dass die Abgeordnetenimmunität das entscheidende Motiv für politische Betätigung schlechthin darstellt.

Status und Privilegstruktur der parlamentarischen Elite in der Ukraine

In der Periode des sowjetischen Scheinparlamentarismus kamen dabei Abgeordnete aller Ebenen ihren Pflichten lediglich nebenberuflich nach und ein Mandat besaß nur wenig Einfluss und Prestige. Gegenwärtig wird der besondere Status von Parlamentsabgeordneten und Regierungsbeamten durch die Verfassung (Art. 80), die Geschäftsordnung des Parlamentes (Werchowna Rada, Reglement, Kapitel 4) und das Gesetz »Über den Status der Volksabgeordneten der Ukraine« (Art. 27) garantiert. Die Immunität der Parlamentsabgeordneten beinhaltet analog zu beinahe allen Staaten unabhängig vom Regimetypp einerseits Indemnität, d. h. die Garantie, für Aussagen, Abstimmungsverhalten, Gesetzesprojekte, Dokumente und andere während der Mandatsdauer verübten Handlungen auch über den Ablauf des Mandats selbst hinaus nicht belangt zu werden. Andererseits garantiert er Straffreiheit vor Verhaftung, Arrest und jeglicher Form zivil- und strafrechtlicher Verantwortlichkeit während der gesamten Mandatsdauer. Das Parlament selbst kann auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft die Immunität aufheben. Fokus und Reichweite orientieren sich generell an dem historisch bedingt umfangreich ausgestalteten französischen Modell, das dem eng auf die unmittelbare Ausübung des Parlamentsmandats beschränkten Westminster-Modell gegenübersteht.

Zudem ist auch die materielle Versorgung der Abgeordneten nach der Unabhängigkeit besonders großzügig ausgelegt worden. So sieht das Gesetz »Über den Status der Volksabgeordneten der Ukraine« u. a. weitreichende arbeitsrechtliche Garantiebestimmungen (Art. 20), die Befreiung von der Wehrpflicht (Art. 29), die kostenlose Nutzung von Transportmitteln (Art. 23), das Recht auf Anstellung von bis zu 31 Beratern (Art. 34, Abs. 1), kostenlose medizinische Versorgung und Reha-Aufenthalte (Art. 33, Abs. 7), Diplomatenstatus im Ausland (Art. 33, Abs. 8) sowie die Bereitstellung einer angemessenen Dienstwohnung (Art. 35) vor.

Die Kontrolle wird von einem speziellen Parlamentskomitee für »Fragen der Geschäftsordnung, der Abge-

ordnetenethik und Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Werchowna Rada« ausgeübt. An der praktischen Umsetzung der bestehenden Vorgaben ist bemerkenswert, dass dem 2004 eingeleiteten Prozess der Parlamentarisierung des ukrainischen Regierungssystems und der damit einhergehenden institutionellen Stärkung von Legislative und Gesetzgebern durch den Missbrauch der Abgeordnetenimmunität mitunter demokratiehemmende Züge beiwohnen.

Privilegien und Abgeordnetenimmunität als »Freibrief«

Der Missbrauch der Abgeordnetenimmunität in der Ukraine ist im Wesentlichen auf die Inkongruenz zwischen politischer Kultur und politischem System zurückzuführen. Die Immunität wird dabei oft als »Freibrief« oder »Generalvollmacht« fehlverstanden, was in der Ukraine gegenwärtig vor allem folgende Ausdrucksformen des Missbrauchs annimmt:

Die politische Immunität von Politikern und die ausschließlich auf die Amtsausübung beschränkten Privilegien werden auf Bereiche und Personenkreise ausgedehnt, die nicht unmittelbar mit dem Dienstverhältnis und der entsprechenden Funktionsausübung der betreffenden Person in Verbindung stehen.

Die »Verstetigung« von politischen Positionen und Wahlämtern unterwandert die zyklische Übergabe von Ämtern und Privilegien und somit die nur zeitlich begrenzte Ausübung politischer Befugnisse.

Trotz der hohen Fragmentierung und oft demonstrativ zur Schau gestellten Feindseligkeiten innerhalb der politischen Elite des Landes scheint die Immunität im gemeinsamen Interesse zu liegen. Hier lässt sich eine sehr hohe Elitengeschlossenheit konstatieren, die oft den Eindruck der Abgehobenheit und Unnahbarkeit der »politischen Klasse« erzeugt.

Die bestehenden, formal durchaus ausreichenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen, kommen nicht zur Anwendung. Falls tatsächlich Parlamentarier und Regierungsbeamte für Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen werden, so ist dies oft politisch motiviert und richtet sich gegen in Ungnade gefallene Politiker.

Bisher mussten sich lediglich vier Parlamentsabgeordnete während der Ausübung ihres Mandats vor Gericht verantworten. Viktor Zherdyskij und Igor Didenko mussten sich aufgrund eines Skandals um die ukrainische Gradobank ab 2000 in Deutschland wegen des Verdachts der Veruntreuung von Kompensationszahlungen an ehemalige ukrainische Zwangsarbeiter in Höhe von 4 Mio. DM verantworten und wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Gra-

dobank wurde vom 1993 gegründeten ukrainischen Fond »Für gegenseitige Verständigung und Aussöhnung« mit der Umsetzung der Entschädigungsleistungen in der Ukraine beauftragt. Dem ehemaligen Premierminister Pawlo Lazarenko wurde im zweiten Anlauf 1999 die Abgeordnetenimmunität durch das Parlament entzogen. Lazarenko zählt laut einem durch die NGO Transparency International angefertigten Ranking zu den 10 korruptesten Politikern weltweit und wurde – nach einer in der Schweiz wegen Geldwäsche erfolgten Verurteilung in Abwesenheit – in den USA 2006 unter Anklage auf Geldwäsche, Korruption und Betrug zu neunjähriger Haft und einer Geldstrafe in Höhe von 10 Mio. US-Dollar verurteilt. In der Ukraine selbst musste sich bisher noch kein ukrainischer Parlamentarier verantworten. Einzige Ausnahme bildet hier die amtierende Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, deren vorübergehende Festnahme vom Generalstaatsanwalt Mychajlo Potebenko 2001 auf Drängen des damaligen Präsidenten Leonid Kutschma veranlasst wurde, ohne die hierfür nötige Zustimmung des Parlaments einzuholen.

Einige offenkundige Gesetzesverstöße werden von Abgeordneten aller Fraktionen ignoriert oder zumindest toleriert. So ist es beispielsweise den Parlamentariern lediglich gestattet, neben dem Abgeordnetenmandat einer wissenschaftlichen, künstlerisch-schöpferischen oder Lehrtätigkeit nachzukommen sowie Heilkunde auszuüben (»Über den Status der Volksabgeordneten der Ukraine«, Art. 3.4; Verfassungsartikel 78). Gegenwärtig gehört jedoch ein großer Teil der Volksdeputierten der Wirtschafts- und Finanzelite des Landes an. Dennoch hat noch kein Parlamentarier sein Mandat niederlegen müssen, obwohl Verfassungsartikel 81, Absatz 5 dies vorsieht. Artikel 25 des Gesetzes »Über den Status der Volksdeputierten der Ukraine« verpflichtet die Abgeordneten zu einer jährlichen Einkommens- und Vermögenserklärung sowie Angaben zu Verdienst, finanziellen Verpflichtungen, Immobilien und anderen Wertgegenständen von engen Familienmitgliedern. Eine Vielzahl von Abgeordneten und Regierungspolitikern, darunter Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, lebt gemäß den offiziellen Deklarationen nur unwesentlich über dem gesetzlichen Existenzminimum. Des Weiteren verlieren vorbestrafte ukrainische Staatsbürger laut Verfassungsartikel 76 das passive Wahlrecht. Gerade auch in ukrainischen Lokal- und Regionalparlamenten wird jedoch seit der 2005 erfolgten Ausweitung der Abgeordnetenimmunität auf Parlamente dieser Ebenen ein besorgniserregender Zuwachs »krimineller Autoritäten« unter den Abgeordneten verzeichnet.

Fehlentwicklungen nach der »Orangen Revolution«

In diesem Zusammenhang stellen einige umstrittene und widersprüchliche Entscheidungen nach der »Orangen Revolution« die Legitimität der »Wahlrevolution« von 2004 erheblich in Frage. Rhetorik und konkrete Handlungen weichen besonders stark voneinander ab in der Frage des Umgangs mit unter Präsident Leonid Kutschma begangenen Unrecht. So konnte der bis 2006 im Parlament vertretene Michajlo Potebenko, der als Generalstaatsanwalt der Ukraine mit der bereits erwähnten verfassungswidrigen Festnahme Julia Timoschenkos und der Verschleppung des Verfahrens um die Ermordung des Journalisten Georgij Gongadze bis zu seinem Rücktritt 2002 in Verbindung gebracht wird, knapp 18 Monate nach der »Orangen Revolution« vom Präsidenten den Jaroslaw-Mudrij-Orden III. Ranges für seinen »herausragenden Beitrag zur Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine« entgegennehmen.

Ebenso große Verwunderung löste die Auszeichnung des »Wahlfälschers« des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2004 und damaligen Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission Sergij Kiwalow aus, der mit der Ehrenmedaille der Wahlkommission für seinen Beitrag zum ukrainischen Verfassungsrecht ausgezeichnet wurde. Kiwalow führt momentan zudem den Vorsitz des parlamentarischen Komitees für das ukrainische Rechtswesen. Des Weiteren wurde Viktor Janukowitsch trotz seiner Vorstrafen – 1967–70 wegen Diebstahls und 1970–1972 wegen Körperverletzung mittleren Grades – 2006 zum zweiten Mal durch Viktor Juschtschenko zum Regierungschef benannt.

Diese Beispiele verdeutlichen einerseits, wie eng der Handlungsspielraum der »neuen« politischen Eliten nach der »Orangen Revolution« ist. Andererseits fällt auf, dass aufgrund der Nähe, der Durchlässigkeit und zahlreicher Verbindungen zwischen »alten« und »neuen« Elitensegmenten von einem Elitenwechsel keine Rede sein kann.

Dennoch scheinen einige Vorkommnisse Anzeichen der Kultivierung einer neuen politischen Ethik und der Etablierung wirksamer Kontroll- und Sanktionsmechanismen gegen den Missbrauch der Abgeordnetenimmunität zu tragen. Den ersten politischen Skandal brachte dem »Orangen« Lager 2005 der Justizminister der ersten Regierung unter Julia Timoschenko, der in den Vereinigten Staaten geborene Roman Zwarych ein, der in sämtlichen biographischen Angaben »fälschlicherweise« einen Masterabschluss der Columbia University und eine abgeschlossene Promotion an der selben Universität angegeben hat. Auf Nachforschungen von Journa-

listen stellte sich dies als Fehlinformation heraus, wobei zudem verblüffte, dass Zwarych tatsächlich keinerlei rechtswissenschaftlichen Hintergrund hat.

Die Staatsanwaltschaft ermittelte in einem anderen Fall vorübergehend gegen den ehemaligen Abgeordneten der Sozialistischen Partei (SPU) und Minister für Verkehr und Telekommunikation Mykola Rudkowskij, der 2007 einen privaten Charterflug zu einem angeblichen Dienstaufenthalt nach Paris orderte. An Bord befand sich ebenfalls »Miss Ukraine 2001«, das Model Oleksandra Nikolajenko – ein dienstlicher Hintergrund konnte nicht ermittelt werden. Der bis 2007 im Parlament vertretene Abgeordnete und ehemalige Vorstandsvorsitzende des staatlichen Energiekonzerns »Naftogaz« Oleksiy Ivchenko zog sich 2006 den Unmut ukrainischer Steuerzahler durch die unzulässige Anschaffung eines luxuriösen Dienstwagens der Marke Mercedes-Benz der S-Klasse zu. Der Wagen wurde auf Anweisung des Präsidenten umgehend wieder verkauft.

Zu direkten politischen und juristischen Konsequenzen haben diese Fälle allerdings nicht geführt. Zudem lassen des Fehlverhaltens überführte Politiker kein Unrechtsbewusstsein erkennen, und sehen sich – in Anbetracht der zahlreichen unbemerkt verbleibenden Rechtsverstöße ihrer Kollegen – mitunter sogar zu Recht als Opfer gezielter politischer Intrigen.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Nahezu alle bedeutenden ukrainischen Parteien und Wahlblöcke wählten die generelle Abschaffung der Abgeordnetenimmunität als bestimmendes Thema im Vorfeld der Parlamentswahlen 2006 und 2007. Auch

Präsident Juschtschenko befürwortete dies mit dem Slogan: »Die Volksabgeordneten sollen im Parlament neue Gesetze verabschieden, und sich nicht vor ihnen verstecken«. Die Initiative stellt jedoch eher einen Versuch da, sich einer sachlichen Debatte um den Missbrauch der Abgeordnetenimmunität zu entziehen.

Die generelle Aufhebung der Abgeordnetenimmunität hätte in der Ukraine ebenso unvorhersehbare Folgen und würde zudem nicht zwingend zu einer Verringerung des Amtsmissbrauchs führen. Bei allen Mängeln gewährleistet die Immunität Abgeordneten Schutz vor politisch motivierter Verfolgung und dem »Begleichen alter Rechnungen« mit politischen Opponenten oder unliebsamen Abgeordneten. Dies wird gerade auch im Kontext des konfliktträchtigen Verhältnisses zwischen Präsident und Parlament deutlich. Im Übrigen hat keine Fraktion nach den Parlamentswahlen 2007 konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Wahlversprechen eingeleitet.

Es ist zu betonen, dass die Abgeordnetenimmunität gerade in der Ukraine unabdinglich für ein funktionstüchtiges Gesetzgebungsorgan ist. Ihr Fokus sollte jedoch aufgrund der politischen Spezifika in der Ukraine auf das nationale Legislativorgan, die unmittelbare Ausübung von Dienstpflichten und politischen Funktionen sowie zeitlich lediglich auf die Sitzungsperioden und örtlich auf Sitzungsgebäude des Parlaments beschränkt werden. Es gibt momentan jedoch kaum Anlass, nach den Präsidentschafts- und den womöglich erneut vorgezogenen Parlamentswahlen mit entsprechenden Gesetzesänderungen zu rechnen.

Über den Autor:

Dr. Ingmar Bredies ist DAAD-Fachlektor am Fachbereich Politikwissenschaft der Nationalen Universität »Kiewer Mohyla-Akademie« und lehrt im Rahmen eines deutschsprachigen Studiengangs Deutschland- und Europastudien.

Lesetipps:

- Ingmar Bredies (2007): Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990–2006. LIT-Verlag (Reihe: *Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik* Bd. 41).
- Laboratoriia zakonodavčych initsiatyv / Westminster Foundation for Democracy (2009): Status narodnoho deputata Ukraïny: problemy ta šhliachy udoskonalennia. Kyiv. <http://parlament.org.ua/upload/docs/TheStatusofMP.pdf>

Analyse

HIV in der Ukraine: Aktuelle Situation und ökonomische Implikationen

Von Georg Zachmann und Ricardo Giucci, Berlin/Kiew

Offizielle Schätzungen gehen davon aus, dass 1,6 % der erwachsenen ukrainischen Bevölkerung HIV-positiv sind. Damit hat die Ukraine die höchste HIV-Prävalenzrate in Europa. Dieses Problem wird von der ukrainischen Öffentlichkeit allerdings kaum wahrgenommen. Dies liegt vor allem daran, dass HIV bisher auf bestimmte marginalisierte Bevölkerungsgruppen konzentriert ist. Es besteht aber die Gefahr, dass die Epidemie über eine so genannte »Brückenbevölkerung« in die »gewöhnliche Bevölkerung« überschwappt.

Dann könnte HIV von einem massiven sozialen und medizinischen Problem auch zu einer gravierenden ökonomischen Herausforderung für die Ukraine werden. Daher sollten der staatliche wie auch der private Sektor (insbesondere Unternehmen) schnell wirksame Maßnahmen implementieren, um die weitere Ausbreitung der Epidemie zu begrenzen.

Die aktuelle Lage bezüglich HIV

HIV wurde erstmals Ende der achtziger Jahre in der Ukraine nachgewiesen und breitete sich ab Mitte der neunziger Jahre rasant aus. Damit wurde die Ukraine innerhalb eines Jahrzehnts (1995–2005) zum am stärksten von HIV betroffenen Land in Europa. Bisher wurden etwa 150.000 HIV-Fälle in der Ukraine registriert. Offizielle Statistiken schätzen allerdings, dass gegenwärtig etwa 395.000 Ukrainer zwischen 15 und 49 Jahren mit HIV leben, was 1,6 % der Bevölkerung entspricht. Zum Vergleich, in Deutschland leben geschätzte 0,1 % und in der Russischen Föderation 1,1 % der Erwachsenen mit dem HI-Virus.

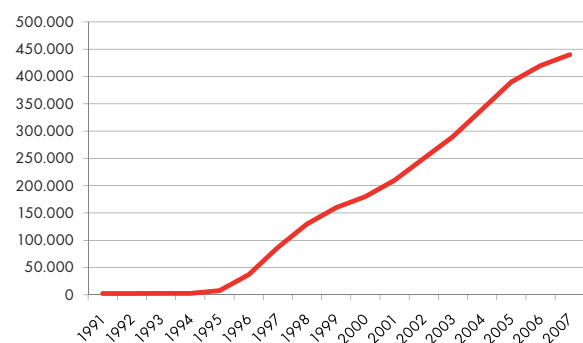
Die Ausbreitung von HIV in der Ukraine war in der Vergangenheit vor allem auf den Austausch von infizierten Spritzen und Nadeln zwischen Drogenabhängigen zurückzuführen (über die Hälfte der bisherigen Infektionen). Aufgrund der hohen Zahl der Konsumenten von injizierten Drogen in der Ukraine ist die Ansteckung beim Drogenkonsum nach wie vor einer der wichtigsten Übertragungswege. Dabei spiegelt sich das geringe Einstiegsalter beim Drogenkonsum im hohen Anteil von jungen Menschen unter den HIV-Infizierten wider.

Experten gehen davon aus, dass die Epidemie bis heute auf bestimmte Gruppen, vor allem Drogenkonsumenten, aber auch Prostituierte und Männer die Sex mit Männern haben, konzentriert ist. Auch sind einzelne Landesteile unterschiedlich stark von HIV betroffen. So wurden die höchsten Prävalenzraten bisher im Süden (Odessa) und Osten (Donetsk) gemessen. Allerdings steigt die Zahl der registrierten Neuinfektionen im Westen der Ukraine gegenwärtig stark an.

Ausblick zum weiteren Verlauf der Epidemie

Der weitere Verlauf der Epidemie lässt sich schwer abschätzen. Grundsätzlich sind zwei Szenarien denk-

Abbildung: Anzahl der HIV-Infizierten in der Ukraine 1991–2007 (in Tausend)



Quelle: UNAIDS 2008

bar. So ist es möglich, dass die Epidemie weiterhin in den Hochrisikogruppen konzentriert bleibt. Dann wäre eine weitere Ausbreitung der Epidemie von der Durchdringung sowie der Größe dieser Bevölkerungsgruppe abhängig. Es wird geschätzt, dass gegenwärtig 325.000–425.000 Menschen in der Ukraine Drogen injizieren und dass davon etwa 35–40 % HIV-positiv sind. Dabei kann man davon ausgehen, dass in bestimmten Regionen bereits ein deutlich höherer Anteil der Drogenkonsumenten infiziert ist.

Das zweite möglich erscheinende Szenario ist ein Überschwappen der Epidemie von der Hochrisikobevölkerung in die »gewöhnliche Bevölkerung.« Dabei würde HIV die Risikogruppen über die »Brückenbevölkerung«, in erster Linie Partner von Infizierten, verlassen. Erstes Indiz für eine derartige Entwicklung ist die steigende Zahl (und ansteigende relative Bedeutung) der sexuellen Übertragung des HI-Virus. Eine Erhöhung der Größe und Durchdringung der Risikogruppe würde die Gefahr für ein Überschwappen auf die »gewöhnliche Bevölkerung« noch erhöhen. Aller-

dings ist nicht klar, ob die sexuellen Netzwerke in der Ukraine eng genug sind, um eine selbst tragende epidemische Ausbreitung zu generieren. Wäre dies der Fall, würde das der HIV-Epidemie in der Ukraine eine neue Dimension geben.

Es ist davon auszugehen, dass die dramatische Wirtschaftskrise, mit der die Ukraine gegenwärtig konfrontiert ist, das HIV-Problem weiter verschärfen wird. Sollte sich der projizierte Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 12 % im Jahr 2009 realisieren, ist ein deutliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit und eine Verschärfung der sozialen Probleme zu erwarten. Dies wird tendenziell auf die Größe der Hochrisikogruppen zurückwirken, da sich mehr Menschen zur Prostitution gezwungen sehen bzw. Zuflucht in Drogen nehmen.

Ökonomische Implikationen

Zunächst einmal ist HIV für die direkt Betroffenen sowie deren Angehörige eine Tragödie. Die hohen Kosten für die Behandlung, der Ausfall als Erwerbsperson und die notwendig werdende Betreuung machen HIV neben einem persönlichen und gesundheitlichen auch zu einem sozialen Problem. Darüber hinaus ist HIV als Epidemie, aber auch als Ausgangspunkt für opportunistische Erkrankungen (z. B. Tuberkulose), eine Herausforderung für die Gesundheit der gesamten ukrainischen Bevölkerung. Und schließlich ist HIV für die Ukraine ein vielschichtiges ökonomisches Problem: AIDS senkt das Arbeitsangebot der Betroffenen sowie der sie pflegenden Angehörigen und verringert somit auch die Steuerbasis des Staates. Außerdem belasten die Ausgaben für Prävention, Behandlung und Betreuung die öffentlichen Haushalte. Dazu kommt noch, dass hohe HIV-Raten auf Investoren abschreckend wirken. Somit führt die HIV-Epidemie zu einem signifikanten Wohlfahrtsverlust. Die Weltbank schätzt, allerdings basierend auf wenig konservativen Annahmen, dass das ukrainische Sozialprodukt bis 2014 aufgrund von HIV um bis zu 6 % geringer ausfällt, als dies ohne HIV der Fall wäre. Daher sollte HIV ein wichtiges Thema für die Wirtschaftspolitik werden.

Ansätze zur Bekämpfung von HIV

Die gute Nachricht ist, dass eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, internationalen Institutio-

nen und engagierten Menschen sich der Bekämpfung von HIV und der Linderung der mit der Epidemie verbundenen Probleme widmen. Auch der ukrainische Staat engagiert sich, mit massiver westlicher Unterstützung, im Kampf gegen HIV. Allerdings beinhalten die staatlichen Maßnahmen bisher vornehmlich die Behandlung der Infizierten und vernachlässigen die Prävention. Dazu kommt mangelnde Verzahnung der verschiedenen staatlichen Stellen sowie unzureichende Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren.

Daher sollten in Zukunft die vorhandenen Koordinierungsmechanismen effektiver genutzt werden. Darüber hinaus ist die Mobilisierung von Institutionen aus der Wirtschaft ein viel versprechender Ansatz, da diese ein starkes Eigeninteresse an einer effektiven Bekämpfung der Epidemie haben. Dabei sollten insbesondere große Unternehmen (inkl. der Oligarchen), Unternehmensverbände und Arbeitnehmervertretungen (Gewerkschaften) angesprochen werden. Möglich wäre es auch, gezielt deutsche und weitere ausländische Unternehmen in der Ukraine anzusprechen, die dann eine Vorbildfunktion übernehmen könnten. So könnten beispielsweise HIV/AIDS-Arbeitsplatzprogramme Bestandteil von Verträgen zwischen Sozialpartnern werden und über das Unternehmen hinausgehende Präventionsmaßnahmen unterstützt werden.

Fazit

Gegenwärtig ist HIV noch eines unter vielen ernststen Problemen in der Ukraine. Ohne gezieltes und schnelles Handeln kann sich die Lage allerdings erheblich verschlechtern, was u. a. sehr negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes haben würde. Daher sollten kurzfristige Präventionsmaßnahmen deutlich ausgeweitet werden. Das schließt auch politisch unbeliebte, auf die Hauptüberträgergruppe zielende Maßnahmen wie Substitutionstherapie, Spritzenaustausch und Kondomverteilung ein.

Um die ökonomische Dimension der Epidemie zu verdeutlichen, sind nachvollziehbare Schätzungen der volkswirtschaftlichen Kosten von HIV in verschiedenen Szenarien erforderlich. Dabei ist es wichtig, keine unrealistischen Horrorszenarien zu zeichnen, sondern den Eliten des Landes die tatsächlichen Kosten und Risiken vor Augen zu führen.

Über die Autoren:

Dr. Ricardo Gucci ist Leiter der Deutschen Beratergruppe bei der ukrainischen Regierung, die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms finanziert wird. Georg Zachmann ist Consultant bei Berlin Economics, einer privaten Wirtschaftsberatungsgesellschaft.

Der abgedruckte Text ist ein Nachdruck des aktuellen Newsletters der Beratergruppe (Nr. 7 vom März 2009). Zum regelmäßigen Bezug des Newsletters genügt eine Email an newsletter@beratergruppe-ukraine.de

Analyse

Ethnische Minderheiten und nationales Selbstverständnis im östlichen Taurien (Region Saporiska)

Von L.W. Afanasjewa, L.F. Glinskaja, A.W. Orlow, I.V. Bukrejewa, Staatliche Pädagogische Universität Melitopol

Zusammenfassung

Das östliche Taurien, d. h. die Region Saporiska, ist geprägt von einer großen ethnischen Vielfalt. Der vorliegende Beitrag gibt basierend auf Umfrageergebnissen für die Vertreter elf ethnischer Gruppen einen Überblick über das ethnische Selbstverständnis, den Sprachgebrauch und die Vorstellungen zur Rolle des Staates gegenüber verschiedenen ethnischen Gruppen.

Einleitung

Aus historischer Sicht ist Taurien, d. h. die Halbinsel Krim mit ihrem Hinterland, eine Region, die seit der Antike von Völkerwanderungen, ethnischer Vielfalt und auch religiöser Vielfalt geprägt ist. Im östlichen Taurien, in der Region Saporiska, leben so derzeit Vertreter von etwa 130 verschiedenen ethnischen Gruppen und es sind 60 verschiedene nationale Kulturvereinigungen registriert.

Einerseits wird die ethnische Vielfalt in der Region positiv gesehen und Melitopol vertritt so z. B. die Ukraine in dem Projekt »Interkulturelle Städte« des Europarates. Andererseits zeigen sich im Alltag häufig Vorurteile und Diskriminierung, was im Falle der Krimtataren auf der benachbarten Krim sogar regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führt.

Um die Selbst- und Fremdwahrnehmung ethnischer Gruppen in der Region Saporiska zu untersuchen, haben wir in den neun Bezirken der Region, die von besonderer ethnischer Vielfalt geprägt sind, eine Meinungsumfrage durchgeführt. An der Umfrage, die im Oktober und November 2008 in den Bezirken Berdjansk, Weselew, Melitopol, Michajliw, Prjasow, Pologiw, Prymorsk, Tokmazk und Jakimiw durchgeführt wurde, nahmen insgesamt 500 Respondenten teil. Erfasst wurden bei der Umfrage insgesamt elf ethnische Gruppen. Dies sind (in alphabetischer Reihenfolge) Armenier, Bulgaren, Deutsche, Griechen, Juden, Karäer, Krimtataren, Moldawier, Russen, Tschechen und Ukrainer.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gemäß dem Ergebnis der Volkszählung von 2001, die auf der Selbstdefinition basiert, ukrainischer Nationalität (71 %). Es folgen Russen (25 %) und Bulgaren (1,4 %). Alle anderen hier erfassten ethnischen Gruppen haben einen Anteil von weniger als 0,5 % an der Bevölkerung der Region.

Nationalitätenbegriff

Die häufigste Definition der Nationalitätenzugehörigkeit ist bei fast allen ethnischen Gruppen der Region

Saporiska die eigene sozialbiologische Herkunft, d. h. die ethnische Zugehörigkeit der Eltern. Diese Definition nennen insgesamt 40 %. Vor allem bei der jüdischen Bevölkerung, aber auch bei der ukrainischen kommt mit 75 % bzw. 33 % Zustimmung auch der Staatsangehörigkeit als Bestimmungsfaktor für die eigene Nationalität eine große Bedeutung zu. Vor allem Russen (52 %), Bulgaren (46 %), Karäer (40 %) und Krimtataren (36 %) nennen außerdem die eigene bewusste Bevorzugung einer bestimmten nationalen Kultur. Gleichzeitig vertreten etwa 10 % der Respondenten offen die Überlegenheit der eigenen Nation gegenüber anderen Nationalitäten.

Die Beibehaltung der eigenen nationalen Identität verbindet die Mehrheit der Befragten vor allem mit der Beibehaltung der nationalen Traditionen (39 %) und der eigenen Sprache (34 %). Die Zustimmung ist dabei bei Vertretern aller ethnischen Gruppen weitgehend identisch. Die einzige Ausnahme bilden die Karäer, bei denen die Beibehaltung der Religion mit 50 % einen hohen Stellenwert einnimmt.

Sprachgebrauch

Bezüglich der Kenntnis der eigenen Sprache unterscheiden sich die verschiedenen ethnischen Gruppen aber erheblich. Bei nur fünf der insgesamt elf erfassten ethnischen Gruppen gibt eine Mehrheit eine gute Kenntnis der eigenen Sprache an. Dies sind neben den Russen (83 %) und Ukrainern (78 %) nur noch die Armenier (80 %), Karäer (60 %) und Bulgaren (54 %). Umgekehrt kennen 40 % der Griechen und der Moldawier, 39 % der Juden und 29 % der Deutschen ihre Muttersprache überhaupt nicht.

Im Alltagsleben dominiert bei allen ethnischen Gruppen das Russische. Über die Hälfte aller Respondenten sprechen zu Hause Russisch, 16 % Ukrainisch, weitere 27 % sowohl Russisch als auch Ukrainisch, aber deutlich weniger als 1 % eine andere Sprache. Neben den Russen sprechen auch die Griechen, Karäer, Deutschen, Juden und Tschechen zu Hause fast ausschließ-

lich Russisch. Auch die Mehrheit der Ukrainer, Krimtataren und Bulgaren spricht in der Familie vor allem Russisch. Gleichzeitig zeigt unsere Umfrage, dass der Anteil der Russischsprachigen unter Jugendlichen deutlich überdurchschnittlich ist. Von ihnen nennen sogar 68 % das Russische als bevorzugte Umgangssprache. Das Bildungsniveau hat hingegen keinen Einfluss auf die bevorzugte Umgangssprache.

Ukrainisch sprechen neben einem Fünftel der Ukrainer zu Hause fast ein genau so großer Anteil der Bulgaren sowie ein Zehntel der Armenier und Tschechen. Im Ergebnis sprechen 94 % der Russen und 90 % der Armenier, aber nur 27 % der Krimtataren, 22 % der Ukrainer, 13 % der Bulgaren und ein noch geringerer Anteil der anderen ethnischen Gruppen zu Hause ihre Muttersprache. Einen Überblick über die entsprechenden Umfrageergebnisse gibt Grafik 1 auf Seite 10.

In der Öffentlichkeit, d. h. auf der Straße und bei der Arbeit, ist Russisch bei allen ethnischen Gruppen mit einem Anteil von mindestens 78 % die dominierende Sprache. Dagegen sprechen neben 22 % der Ukrainer auch noch über 10 % der Deutschen, Bulgaren, Russen und Armenier Ukrainisch. Dies dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass Ukrainisch als einzige Amtssprache von Angestellten im öffentlichen Dienst teilweise bei der Arbeit gesprochen wird. Von den kleineren ethnischen Gruppen benutzen nur Vertreter der Armenier, Bulgaren und Krimtataren überhaupt ihre Muttersprache in der Öffentlichkeit. Einen Überblick über die entsprechenden Umfrageergebnisse gibt Grafik 2 auf Seite 11.

Die Rolle von Gesellschaft und Staat

Unter den Institutionen, die die Beibehaltung nationaler Traditionen unterstützen, steht aus Sicht der Befragten an erster Stelle die Familie (38 %), gefolgt von Kulturvereinen (29 %) und den Massenmedien (14 %). Bei den Bildungseinrichtungen, einschließlich der Schulen, wird keine bedeutende Unterstützung für nationale Traditionen gesehen. Dabei gibt es aber erhebliche Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen. So betonen die Vertreter kleiner ethnischer Gruppen stärker die Rolle der Familie, während insbesondere die Ukraine eine stärkere Rolle bei Bildungseinrichtungen sehen.

Knapp die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass der Staat zur kulturellen Entwicklung der ethni-

schen Gruppen beitragen soll. Besonders häufig findet sich diese Haltung bei den Armeniern, Bulgaren, Karäern und Deutschen. Unter den Ukrainern vertreten sie hingegen nur 32 %. Andererseits erklärten 44 % der Befragten, dass die staatlichen Interessen denen der ethnischen Gruppen widersprechen würden. Diese Einstellung wird vor allem von Ukrainern, Russen und Krimtataren vertreten.

Mit der Konsolidierung der Gesellschaft in eine Gemeinschaft als ukrainisches Volk oder ukrainische politische Nation sind ebenfalls 44 % der Befragten einverstanden. Hier ist eine überdurchschnittliche Zustimmung zu verzeichnen bei den Karäern, Deutschen, Griechen, Juden und Russen. Umgekehrt halten vor allem Armenier und Ukrainer eine entsprechende Konsolidierung für nicht erforderlich.

Als Grundlagen für eine entsprechende Konsolidierung nennen die Befragten vor allem den gemeinsamen Staat (40 %), gemeinsame Traditionen (23 %) und die gemeinsame historische Erinnerung (20 %). Als Hindernisse für die Konsolidierung einer ukrainischen politischen Nation werden vor allem genannt: der nicht abgeschlossene Prozess der nationalen Bewusstseinsbildung (25 %), politische Spekulationen um Separatismus (21 %), Mentalitätsunterschiede (16 %), Vorurteile (15 %) und die Sprachsituation (11 %).

Schlusswort

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist die Gewährleistung des sozialen Friedens, die Überwindung von nationaler Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. Im Kontext der demokratischen Transformation der Ukraine ist es nicht ausreichend Staat und Gesellschaft nur mit dem Konzept des institutionellen und ideologischen Pluralismus zu begreifen. Die wichtigste Aufgabe des Staates liegt darin, die Voraussetzungen für interethnische Kommunikation und gemeinsame politische Willensbildung zu schaffen. Es geht um die Einbeziehung aller ethnischen Gruppen in die Politik. Jedoch ist es schwierig harmonische Beziehungen in der Gesellschaft zu schaffen, wenn es an gemeinsamen Werten und Zielen fehlt. Hier kann Patriotismus als vereinigender Faktor auftreten, der die Konsolidierung der ukrainischen Gesellschaft als politische Nation auf demokratischer Grundlage unterstützt.

Übersetzung: Lina Pleines

(Informationen über die Autoren finden Sie auf der nächsten Seite.)

Über die Autoren

Kand. phil. Ludmila W. Afanasjewa ist Dozentin und Leiterin des Labors für Soziologische Studien an der Staatlichen Pädagogischen Universität Melitopol.

Kand. phil. Ludmila F. Glinskaja ist Dozentin und leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin des Labors für Soziologische Studien an der Staatlichen Pädagogischen Universität Melitopol.

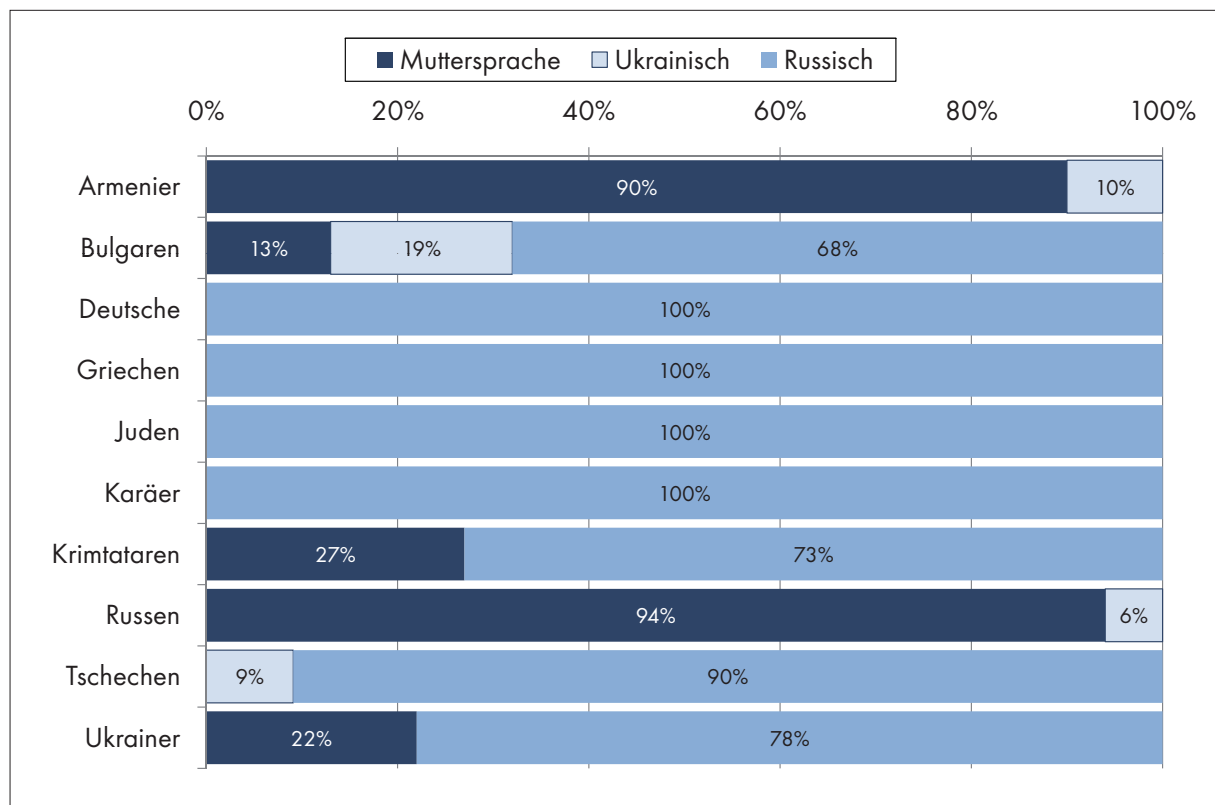
Kand. phil. Andrei W. Orlow ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Labors für Soziologische Studien an der Staatlichen Pädagogischen Universität Melitopol.

Kand. phil. Irina V. Bukrejewa ist Dozentin und leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin des Labors für Soziologische Studien an der Staatlichen Pädagogischen Universität Melitopol.

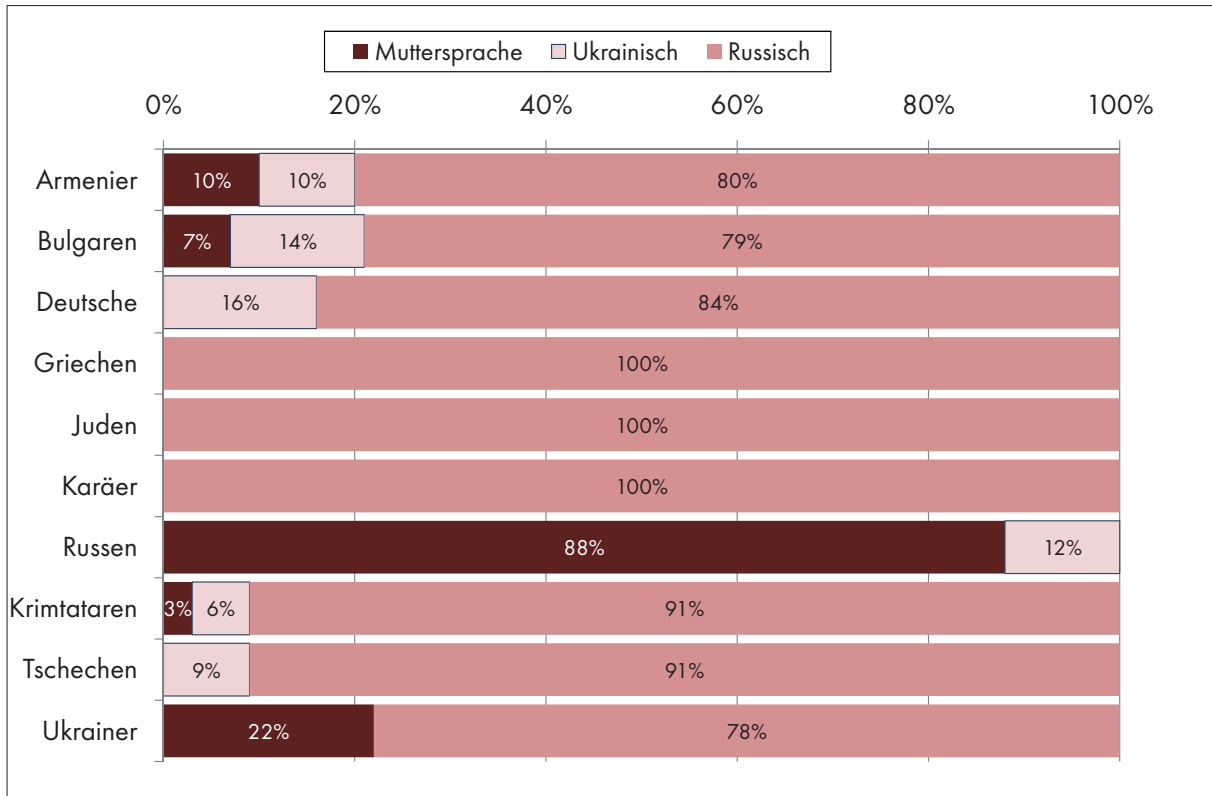
Grafiken zum Text

Die bevorzugte Umgangssprache in der Region Saporiska

Grafik 1: Welche Sprache sprechen Sie in der Familie?



Quelle: Umfrage der Autoren in 9 Bezirken der Region Saporiska, Oktober/November 2008, 500 Respondenten

Grafik 2: In welcher Sprache sprechen Sie bei der Arbeit und auf der Straße?


Quelle: Umfrage der Autoren in 9 Bezirken der Region Saporiska, Oktober/November 2008, 500 Respondenten

Dokumentation

IWF-Verhandlungen der Ukraine

Die Ukraine hatte sich mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) am 6.11.2008 auf einen Stand-By-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar geeinigt, der der Ukraine helfen soll, die Folgen der internationalen Finanzkrise zu überwinden. Der Kredit ist mit Auflagen verbunden, denen die Ukraine mit einer Absichtserklärung vom 31.10.2008 zugestimmt hat, woraufhin die erste Rate des Kredites ausgezahlt wurde. Anfang Februar 2009 erzielte jedoch eine IWF-Mission in die Ukraine bezüglich einiger Punkte keine Vereinbarung mit der ukrainischen Regierung (siehe dazu die Dokumentation in der Ukraine-Analyse Nr. 51, S. 11). Der IWF setzte daraufhin die Zahlung der zweiten Rate des vereinbarten Kredites für unbestimmte Zeit aus (siehe dazu die Dokumentation in der Ukraine-Analyse Nr. 52, S. 10). Vom 8. bis 17. April war erneut eine IWF-Mission in der Ukraine und konnte auf der Arbeitsebene eine Einigung mit der ukrainischen Regierung erzielen. Die entsprechende Presseerklärung wird im Folgenden im Original dokumentiert.

IMF Mission Reaches Agreement on First Review under Stand-By Arrangement with Ukraine

Press Release No. 09/129

April 17, 2009

A mission of the International Monetary Fund (IMF) led by Ms. Ceyla Pazarbasioglu visited Kyiv during April 8–17 for discussions on the first review under the Stand-By Arrangement (SBA) with Ukraine. At the conclusion of the visit, Ms. Pazarbasioglu issued the following statement today:

“The IMF mission today reached staff-level agreement with the Ukrainian authorities on the conclusion of the first review under the SBA. The authorities’ Letter of Intent and Memorandum of Economic and Financial Policies will now be submitted to IMF Management for approval. The documents and a staff report will then be considered by the IMF Executive Board by mid-May. We agreed with the authorities to propose to IMF Management and the Board to disburse the second and third tranches under the SBA in equal installments of SDR1.9 billion (about US\$2.8 billion). Payment of the second tranche is conditional on Board completion of this first review, while payment of the third tranche is contingent on the completion of the second review of the authorities’ economic program.

“Ukraine’s economy continues to be severely affected by the global crisis. However, there are a number of encouraging signs that the economy has started to adjust to the large shocks. The exchange rate has undergone sizable adjustment, the current account deficit has narrowed significantly, and inflation has fallen more than expected.

“Against this backdrop, and following extensive and constructive discussions with the authorities, we have reached understandings on outstanding policy issues, including the implementation of fiscal corrective measures and bank recapitalization and strengthening. Progress has already been made on both these fronts and we welcome the authorities’ commitment to implement policies in a determined and timely manner.

“In light of the sharper than expected decline in economic activity, the authorities commit to containing the budget deficit to 4 percent of GDP in 2009, in line with available financing. The recent fiscal measures adopted by the Cabinet of Ministers yield significant additional savings which will help ease the pressure on public finances and achieve this target. At the same time, the authorities’ program is mindful of maintaining targeted social safety measures to protect the most vulnerable groups in society. The authorities will also continue their efforts to mobilize additional financing from international financial institutions and bilateral sources to finance part of the budget deficit.

“The authorities are implementing a comprehensive framework for the recapitalization and restructuring of the banking sector. The diagnostic study covering most of the banking system was completed as planned (and is now extended to smaller banks), and recapitalization of capital deficient banks will begin soon. The authorities will also shortly strengthen their framework to guide bank resolution. A key element in this framework is depositor protection. The mission firmly believes that the authorities’ comprehensive approach to bank restructuring is appropriate and that it should bolster confidence in the banking sector.

“The flexible exchange rate regime has served Ukraine well and the authorities will retain this arrangement, including by allowing the official exchange rate to follow the market exchange rate.

“Going forward, the global financial and economic crisis poses a challenging environment for Ukraine. We are confident that with these adjustments to the policies that are being supported by the stand-by arrangement, strong political commitment to decisive implementation of these policies, and continued close cooperation with the IMF, the program will pave the way for an early return to sustainable economic growth.”

Quelle: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2009/pr09129.htm>

Dokumentation

Gemeinsame Erklärung der EU und der Ukraine bezüglich der Modernisierung des ukrainischen Systems der Erdgastransitpipelines, Brüssel, 23.3.2009 [Auszüge]

The Signatories welcome:

- The interest expressed by the participants to support and assist in the modernization and development of Ukraine's Gas Transit System in view of ensuring its sustainability, reliability, efficiency and transparency over the coming decades;
- The Master Plan on the Modernization of Ukraine's Gas Transit System presented during the Conference, including the identification of bankable projects that are aimed at improving the technical efficiency and environmental footprint of the system,, the introduction of state-of-the-art technology and, as a consequence, increasing the system's transit capacity;
- The readiness of the Government of Ukraine to co-operate with international Financial Institutions and to carry out a 2010-2011 Gas Sector Reform Programme on the basis of the EY legislation and in line with commitments that will be agreed upon in the context of the EU-Ukraine Association Agreement and Ukraine's accession to the Energy Community Treaty, as well as in accordance with the Memorandum of Understanding on co-operation in the field of energy between the EC and Ukraine of 1 December 2005.

The Government of Ukraine will:

1. ensure the independence of the Ukraine gas transmission operator of its legal form, organization, decision-making and accounts, giving this gas transmission operator the benefit from the income from high pressure transmission and storage, and the effective capability to maintain a sustainable financial position, in accordance with EU Directive 2003/55/EC, and in particular Articles 7 – 10 and 17 thereof;
2. ensure transparency and openness of the borrower mandated for the modernization of the gas transmission system to ensure equal and effective access to the relevant financial and technical information as well as control of the use of funds allocated for the modernization of Ukraine's Gas Transit System, in accordance with international financial standards and practices;
3. allow the gas transmission operator to operate on a commercial basis for fulfilling its business development plans over the long term (and at least as long as the modernization loans are outstanding) and for ensuring physical asset security, in accordance with Directive 2003/55/EC, and in particular Articles 8 and 9 thereof;
4. ensure that tariffs for access to networks (in particular for access to the high pressure transmission network) take into account the need for system integrity and its improvement and reflect actual costs incurred, including appropriate return on investment, and ensure that the transmission system operator publishes sufficiently detailed information on tariff calculation, methodology and structure and applies the tariffs in a transparent, objective and non-discriminatory manner in line with Regulation No 1775/2005 , and in particular Articles 3 and 6 thereof;
5. provide for third party access to storage facilities under transparent commercial conditions and under the control of the regulatory authority in line with Directive 2003/55/EC, and in particular Article 19 and 25 thereof;
6. guarantee the respect by the borrower mandated for the modernization of the gas transmission system of best practice international procurement rules and the highest environmental, governance, health and safety and social standards, notably those contained in the EU acquis and equivalent internationally recognized standards.
7. develop a Gas Sector Reform Programme by the end of 2009 at the latest for the implementation of the gas sector reforms in 2010-2011 with deadlines that should match the commitments that will be entered in the context of EU-Ukraine Association Agreement and Ukraine's accession to the Energy Community Treaty, and are commensurate with the shared objective of attracting investments;

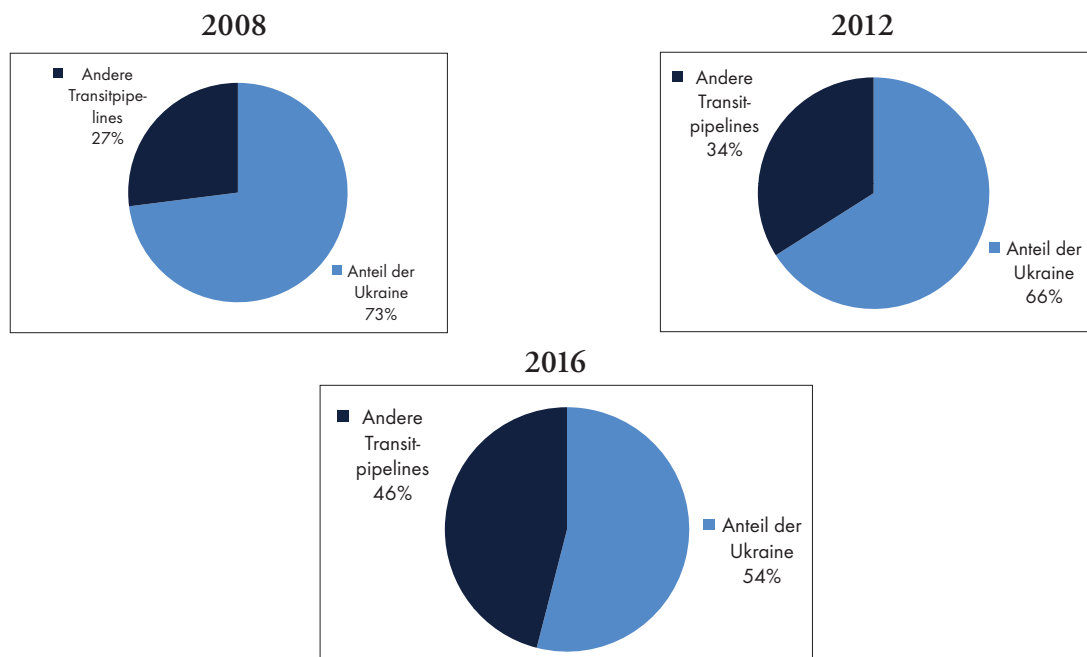
Next steps

- a. The European Commission, the Government of Ukraine, and creditors will cooperate in seeking to establish a technical co-ordinating unit within Naftogaz of Ukraine which could be in charge of:
 1. the establishment of a full modernization business plan, on the basis of the Master Plan on the Modernization of Ukraine's Gas Transit System and further technical proposals by Ukraine, that would set out the timetable and sequencing of work in view of ensuring reliability and efficiency as well as minimum possible disruption of supplies to and through Ukraine;
 2. overseeing the work on the modernization of the Ukraine Gas Transit System;
 3. contributing to elaborating the arrangements for the funding of the modernization plan from the international and Ukrainian lenders and possible donors.
- b. The European Commission and the International Financial Institutions are ready to consider technical assistance to the technical co-ordinating unit.
- c. The European Commission will consider providing assistance to the Government of Ukraine for the practical implementation of gas sector reforms.
- d. It is noted that the International Financial Institutions and lenders will start due-diligence work on the projects identified in Ukraine's Gas Transit System Master Plan as soon as technical co-ordinating unit is in place.
- e. Subject to the results of this due-diligence, the European Commission may provide support through the Neighbourhood Investment Facility or other appropriate funding sources if this is necessary to help leveraging loans from International Financial Institutions.
- f. Other partners that intend to provide grants and loans for modernization of Ukraine's Gas Transit System should be encouraged to supply detailed information to the technical co-ordinating unit on their readiness and the possible level of their financial participation.

Done in Brussels on March 23, 2009, in English and Ukrainian languages, both texts being equally authentic.

[zitiert nach: CEPS European Neighbourhood Watch Nr. 47, März 2009, S.2-3]

Ukrainischer Anteil an Transitpipelines für russisches Erdgas



Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen – eigene Zusammenstellung. Zur Berechnungsgrundlage siehe Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 101, S. 30, <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP101.pdf>

Chronik

Vom 24. März bis 27. April 2009

24.3.2009	Russland vertrag aufgrund der am Vortag getroffenen Vereinbarungen über die Modernisierung des Erdgas-Pipeline-Systems zwischen der Europäischen Union und der Ukraine die angesetzten Gespräche mit der Ukraine auf Ebene der Ministerpräsidenten auf unbestimmte Zeit. Der Sonderbeauftragte des ukrainischen Präsidenten für Energiefragen Bogdan Sokolowski nennt Russland daraufhin einen geringesehenen Partner in Sachen Modernisierung.
24.3.2009	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass die kürzlich bestärkte »Östliche Partnerschaft« für die Ukraine keine Alternative zur Anbindung an die Europäische Union durch ein Assoziierungsabkommen darstelle.
24.3.2009	Das Parlament bestätigt im ersten Durchgang den von Präsident Viktor Juschtschenko vorgeschlagenen Valentin Naliwajtschenko in seinem Amt als Chef des Inlandsgeheimdienstes. Seit 2006 besetzt er diesen Posten kommissarisch, denn das Parlament verweigerte ihm bisher die Zustimmung.
25.3.2009	Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin schlägt vor, ein Konsortium aus russischen, ukrainischen und europäischen Unternehmen zu bilden, an das die Ukraine ihr Pipeline-Netz verpachten solle. Damit reagiert er auf die beschlossene Modernisierung des Netzes mit EU-Geldern, ohne russische Beteiligung.
26.3.2009	In Kiew findet eine Demonstration für die Absetzung des Bürgermeisters Leonid Tschernowetzki statt. 2000 Minibusse säumen die Straßen in der Innenstadt. Kioskbesitzer, Vertreter der Ärztegewerkschaft und die Fahrer der Busse versammeln sich vor dem Rathaus.
27.3.2009	In vielen ukrainischen Städten finden von der Partei der Regionen organisierte Demonstrationen gegen die derzeitige Politik statt, die bis zur Absetzung der Regierung fort dauern sollen. Im Gebiet Charkow gehen 30 000 Menschen auf die Straße. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt später, dass die Menschen allein wegen der anschließenden Konzerte zu den Demonstrationen gegangen seien.
31.3.2009	Der russische Präsident Dmitrij Medwedew erklärt, dass die Bewilligung eines Kredites für die Ukraine fraglich sei, da man ja nicht einmal das drängendere Problem des Gastransportsystems gemeinsam lösen könne.
31.3.2009	Präsident Viktor Juschtschenko fordert in einer Ansprache vor dem Parlament eine Verfassungsänderung, die ein Zwei-Kammern-System, eine geringere Zahl von Abgeordneten, die Aufhebung der unbegrenzten Abgeordnetenimmunität und die Beibehaltung der Direktwahl des Staatsoberhauptes beinhaltet.
1.4.2009	Mit 401 von 450 Stimmen legt das Parlament den 25. Oktober 2009 für die Abhaltung der Präsidentschaftswahlen fest. Ein halbes Jahr vor dem Wahltermin kann das Parlament nicht mehr aufgelöst werden. Präsident Viktor Juschtschenko hält diesen Wahltermin für verfassungswidrig, da die derzeitige Regelung zur Terminfestsetzung angewendet werden müsse und nicht die, die bei seinem Amtsantritt galt.
2.4.2009	Abgeordnete der Partei der Regionen blockieren die Rednertribüne im Parlament und beschuldigen die Regierung aufgrund eines fehlenden Antikrisenprogramms das Land in den Ruin zu stürzen. Der Block Timoschenko sieht in der Aktion den Versuch, Präsident Viktor Juschtschenko zur Auflösung des Parlaments zu bewegen. Die Partei der Regionen setzt ihren Protest in der Nacht und am Folgetag fort.
2.4.2009	Präsident Viktor Juschtschenko unterschreibt ein Gesetz, dass die unbedingte Gleichzeitigkeit von nationalen und lokalen Parlamentswahlen aufhebt.
3.4.2009	In Kiew finden von der Partei der Regionen organisierte große Demonstrationen für die Absetzung der Regierung statt. Die Organisatoren sprechen von 50 000 Teilnehmern.
6.4.2009	Bei einem offiziellen Besuch betont der Präsident des EU-Parlaments Hans-Gert Pöttering vor dem ukrainischen Parlament, dass die EU und die Ukraine auf Basis der Energiecharta eine gemeinsame Strategie der Energiesicherheit entwickeln müssen.
6.4.2009	Eine parlamentarische Untersuchungskommission kommt zu dem Schluss, dass der leitende Ermittler des nationalen Sicherheitsdienstes Wjatscheslaw Wergeles bei seinem Vorgehen gegen Naftohaz geltendes Recht verletzt habe. Der Zollbeamte Taras Schepitko sei unter seiner Leitung wissentlich ungesetzlich verhaftet worden.
7.4.2009	Die heftigen Diskussionen um vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen möchte Justizminister Nikolaj Onitschuk beenden und erklärt, dass es derzeit keine rechtliche Grundlage für eine solche Wahl gebe. Präsident Viktor Juschtschenko reicht tags darauf beim Verfassungsgericht eine Beschwerde gegen den vom Parlament bereits festgelegten Termin für die Präsidentschaftswahlen ein.
9.4.2009	In Odessa werden die moldawischen Geschäftsmänner Gabriel Stati und Auren Marinescu festgenommen. Ihnen wird von Moldawien die finanzielle Unterstützung und Organisation der Proteste vom 6. und 7. April dieses Jahres in Chisinau vorgeworfen. Am 15.4. beschließt die Staatsanwaltschaft der Ukraine ihre Auslieferung
9.4.2009	Präsident Viktor Juschtschenko spricht in Baku mit dem Präsidenten Aserbaidschans Iham Alijew. Sie vereinbaren einen Austausch auf Ebene der Außenministerien über einen möglichen Gastransit aus Aserbaidschan nach Europa.

10.4.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass sie in einem Telefongespräch alle Unstimmigkeiten mit ihrem Amtskollegen Wladimir Putin, die nach der EU-Ukraine-Konferenz in Brüssel im Zusammenhang mit der Erneuerung des ukrainischen Gastransportsystems entstanden waren, aus der Welt geschafft habe.
10.4.2009	Im Gebiet Lwow hat Swoboda 1000 Unterschriften für den Abriss eines Denkmals für die sowjetischen Kriegsbe-freier gesammelt. Das Denkmal in Stryj symbolisiere den aggressiven Militarismus der Sowjetzeit. Die nationalistische Partei war im März erstmals in ein Regionalparlament eingezogen.
13.4.2009	Der Fraktionsvorsitzende des Block Timoschenko Iwan Kirillenko bittet das Parlament mit der Abstimmung über die Antikrisengesetze noch zu warten, da diese noch nicht von allen Kommissionen begutachtet worden seien und neue interessante Vorschläge vorlägen. Daraufhin streicht das Parlament mit Unterstützung der Koalition und der Opposition das zur Diskussion stehende Gesetzespaket der Regierung von der Tagesordnung des Folgetages. Prä-sident Viktor Juschtschenko sieht in der Annahme der Gesetze den letzten Ausweg für die Ukraine aus der derzeitigen Krise und die einzige Möglichkeit für eine Wiederaufnahme der Gespräche mit dem Internationalen Wäh-rungsfonds. Tags darauf setzt die Regierung die abgelehnten Gesetze per Regierungsbeschluss durch. Präsident Vik-tor Juschtschenko begrüßt diesen Schritt.
15.4.2009	Der amtierende Präsident Viktor Juschtschenko kündigt trotz der geringen Zustimmung in der Bevölkerung an, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen sowie bei den Parlamentswahlen zu kandidieren.
16.4.2009	Abgeordnete des Block Timoschenko blockieren im Parlament die Rednertribüne und bewirken damit eine Schlie-ßung der Sitzung. Sie fordern eine Abstimmung über die Einsetzung einer Untersuchungskommission zum Tod von Igor Pluschnikow und zu seinen Anteilen am Fernsehsender »Inter«.
17.4.2009	Der Internationale Währungsfonds und die ukrainische Regierung einigen sich auf der Arbeitsebene auf einen Höchstwert für die Staatsverschuldung der Ukraine (4 % des BIP) und Kredithilfen in Höhe von 5,6 Mrd. US-Dollar in zwei gleich großen Raten. Damit wird das Kreditprogramm aus dem Vorjahr fortgesetzt.
18.4.2009	Bei einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen Nationalisten und Antifaschisten in Odessa, wird Maxim Tschajka, ein aktives Mitglied der nationalistischen Organisation »Sitsch«, mit einem Messer verletzt und stirbt.
19.4.2009	Viktor Janukowitsch, Vorsitzender der Partei der Regionen, erklärt, an den bevorstehenden Präsidentschaftswah-len als Kandidat teilnehmen zu wollen.
20.4.2009	Die Rechnungshöfe Russlands und der Ukraine kommen zu dem Schluss, dass RosUkrEnergio bei Gazprom Schul-den in Höhe von 514 Mio. US-Dollar hat.
21.4.2009	Präsident Viktor Juschtschenko fordert die Regierung auf, die vor einer Woche beschlossenen Antikrisengeset-ze zu überarbeiten, da einige Regelungen nicht mit den Forderungen des Internationalen Währungsfonds über-einstimmen.
22.4.2009	Das Parlament der Autonomen Republik Krim billigt einen Appell an das ukrainische Parlament, das alljährlich im Sommer stattfindende ukrainisch-amerikanische Seemanöver Sea Breeze nicht zuzulassen.
23.4.2009	Laut Bericht der EU-Kommission über den Schutz der Menschenrechte in der Ukraine wird in vielen ukrainischen Gef-ängnissen Folter angewendet und die Rechte der nationalen Minderheiten werden nur ungenügend geschützt.
24.4.2009	Das Bezirksberufungsgericht in Kiew setzt Swjatoslaw Piskun wieder als Generalstaatsanwalt ein und hebt damit einen Präsidialerlass vom Mai 2007 auf. Viktor Juschtschenko hatte ihn wegen Amtsmissbrauch, durch den Vor-teile für Ministerpräsident Viktor Janukowitsch entstanden waren, entlassen.
27.4.2009	Der ukrainische Justizminister Mykola Onischtschuk geht davon aus, dass Präsident Viktor Juschtschenko noch bis zum 23. August dieses Jahres das Recht hat, das Parlament aufzulösen, da für die sechsmonatige Sperrfrist das Ende der Amtszeit des Präsidenten herangezogen werden müsse.
27.4.2009	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein polnischer Amtskollege Radoslaw Sikorski sprechen sich für die Einsetzung einer EU-Sonderkommission zur Schlichtung der innerukrainischen Streitigkeiten aus, da-mit das Land nötige Reformen umsetzen könne.

Die Ukraine-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de